

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: U. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 24. Dezember 1932

36. Jahrgang

Nummer 52

... den Menschen, die eines guten Willens sind.

Unter dieser Ueberschrift schildert uns ein älterer, seit Jahren arbeitsloser Steinmeißel seine „Weihnachtsstimmung“:

Soweit uns Kenntnisse aus grauer Vorzeit geworden sind, war von jeher die Sehnsucht nach „Erlösung“ im Menschentum tief verwurzelt. Wer aufmerksam die Geschichte durchstöbert, wird finden, daß diese Sehnsucht nach Erlösung meist sozialen Ursachen entsprang. Wenn diese Sehnsucht nach Erlösung mit der Mythe der Religionen verbunden wurde, so muß man daran denken, wie seit den frühesten Zeiten bis auf heute die Menschheit in ihrer Mehrzahl dem Uebernatürlichen huldigte und ihre Erlösung durch göttliche Wunder erhoffte. So entstand die Prophezeiung von der Menschwerdung Gottes als Erlöser der Menschheit und so wurde uns auch die Geburt Christi mit all den Wundern als Begleiterscheinungen eingepaukt. Der einzelne kann zur christlichen Religion und deren Lehren stehen wie er mag, die Weihnachtslegende wird ihm am Weihnachtsabend doch in Bann ziehen. „Friede auf Erden den Menschen, die eines guten Willens sind“, ist der Schluß der Botschaft aus himmlischen Höhen an die Hirten auf dem Felde, denen als den Vermittlern zuerst die Geburt des Erlösers verkündet wird. Viertausend Jahre hat nach der Bibel die Menschheit auf den Erlöser gewartet, und diese viertausend Jahre sind im Kirchenjahr die vier Wochen vor Weihnachten — Advent — als Wartezeit auf die Erlösung.

Die Adventszeit, in unseren Breiten die Zeit der endlosen Nächte, die dunkelste und trübste Zeit des Jahres, soll mit dem Erwarteten, dem Erwünschten enden. Wartezeit — Qualzeit, am schlimmsten für die Kinder — kleine und ganz große —, die das Ende dieser Qualzeit kaum glauben erwarten zu können. Wenn am Weihnachtsabend die Kirchenglocken erklingen, dann wird das für Millionen von Arbeiterkindern, die gläubig dem Christkind während der dunklen Adventszeit entgegenbangten, nur Enttäuschung sein.

Machtlos müssen deren Eltern vorwurfsvolle Fragen über sich ergehen lassen, weil die Mittel fehlen, um den Kindern Weihnachtsfreuden zu bereiten. Das Wunder der Erfüllung ist diesen Kindern versagt. Ihre Adventszeit, diese Warte- und Qualzeit, verlängert sich zur Unerträglichkeit.

So wie Warten zu großer Qual wird, ist Warten auch eine große Kraft für den, der warten kann auf das, was sich folgerichtig erfüllen muß. Doch viele, allzu viele, verläßt die Kraft des Wartens. Wohl werden aus Kindern Erwachsene, aber der kindliche Wunderglaube kommt auch beim Erwachsenen durch und beherrscht ihn so, daß er dessen Sinne für das Reale verunkelt. Die Kraft des Wartens verläßt ihn. Das bezeugt die Mehrzahl der in der Nachkriegszeit herangewachsenen Arbeiterschaft. Diese hat es nicht begriffen, daß Warten eine große Kraft ist und daß die Wartezeit — Adventszeit — der Arbeiterschaft noch andauert. Nicht begriffen hat sie, daß dieses Warten schneller seine Erfüllung finden wird, wenn die Arbeitsmenschen eines guten Willens sind, diese Wartezeit verkürzen helfen. Wäre die Arbeiterschaft geschlossener des guten Willens, die Erfüllung des Wartens läge greifbar in naher Zukunft. Was aber muß der Sehende und Erkennende erleben? Der kindliche Wunderglaube, der sich voraussetzungslos die Erfüllung aller Wünsche verspricht, hat große Teile der Arbeiterschaft erfaßt. In dem Wahne dieses Wunderglaubens erkennen diese nicht, daß sie ihr Selbstbestimmungsrecht Führern unterordnen, die alles andere als guten Willens sind, nun die Arbeiterschaft aus ihrem Knechtsdasein zu erlösen. Diese Wahnwichtigen, denen das Warten zu schwächlich scheint und den guten Willen, Schulter an Schulter mit ihren Arbeits- und Klassen Genossen zu kämpfen, nicht aufbringen, glauben die ihnen vorgegaukelte Wundermär, die uns immer tiefer ins Elend führen muß. Sie folgen, weil sie erwarten, das Ziel schneller zu erreichen, indem sie Untertanen werden, gedankenloses Werkzeug in der Hand von Herrenmenschen.

Das „Tempo, Tempo!“ unserer Zeit hat Millionen Köpfe der

auffretenden Generation verwirrt. Sie wandte sich dorthin, wo ihr „Tempo“ in Erfüllung ihrer Zukunftssträume versprochen wurde. Sie brachte nicht den guten Willen auf zu erkennen, daß das Tempo der Technisierung und Mechanisierung auf den Befreiungskampf nicht ohne weiteres übertragbar sei. Den „Alten“ in der Arbeiterbewegung wird der Vorwurf gemacht, hinter der Zeit zurückgeblieben zu sein, ja, man bezichtigt sie sogar des Betrugs an der Arbeiterklasse. Die Alten haben gesorgt, daß die Jungen mit ganz anderem Rüstzeug in den Kampf um die Befreiung der Arbeiterschaft geschickt werden, wie sie selbst es tun mußten. Allen, die ehrlich guten Willens sind, dieses Rüstzeug zu benutzen in unserem Befreiungskampf, steht es zur Verfügung. Wenn vieles anders sein könnte, so hat eben der gute Wille mitzukämpfen gefehlt, was freilich schwerer ist, als außenbändig zu kritisieren.

Doch noch sind Millionen guten Willens, die vereint in den Gewerkschaften die Arbeiterschaft und ihre Errungenschaften verteidigen. Millionen sind es noch, die trotz aller Ungunst der Krisenzeit ihre Menschenrechte nicht vergaben. Sie kehren nicht den Gewerkschaften den Rücken, um zu Kreuz zu kriechen vor dem allmächtigen Kapitalismus, wie es viele glaubten tun zu müssen, damit sie ihre Pfunde behielten. Aufrecht und stark sind diese Gewerkschafter geblieben, obwohl ihnen bewußt ist und war, daß es ihnen mit jedem Tag durch die eigenen Arbeitsgenossen schwerer gemacht wurde. Nicht sie tragen schuld an der Entrechtung der Arbeiter auf allen Gebieten. Es sind jene Millionen, denen die Wirtschaftskrise die Köpfe verfinsterte und die auch die dunkle Adventszeit der Arbeiterschaft verlängerten, ohne ihr erhofftes Wunder erleben zu können. Mögen auch Wirtschaftskrisen, wie die gegenwärtige, die Gewerkschaften und damit die Arbeiterklasse in ihrem Anstieg hemmen, teilweise sogar zurückwerfen, nach deren Ueberwindung wird die verlorene Zeit durch schärferes Vorwärtstreiben eingeholt werden. So bedeuten diese Rückschläge keinen Fehler der Arbeiterbewegung in sich, sondern die große Wirkung des immer noch allmächtigen Kapitalismus auf den Lebensstandard und den Gemütszustand des arbeitenden Menschen. Auf den „Stamm“ der Gewerkschaften blieb dies wirkungslos, aber er war zu schwach, trotz seines guten Willens, diese Begleiterscheinungen des Kapitalismus wirksam zu bekämpfen, die immer die schwersten Hemmnisse für den Aufstieg der Arbeiterschaft sind.

Viertausend Jahre hat die Menschheit bis zur Geburt des Erlösers gewartet, zweitausend Jahre sind fast verflossen, seitdem die Menschen den Erlöser ans Kreuz schlugen. Aber bis heute haben wir auf die Erlösung vergeblich gewartet. Wie wir auch im einzelnen zu den Religionen und ihren Lehren stehen, wir Arbeitsmenschen werden des guten Willens weiterhin sein. Damit werden wir die Menschheit erlösen! Mit dem diesjährigen Weihnachtsfest wird unsere Adventszeit noch lange nicht beendet sein. Wir werden noch unsere Kraft im Warten beweisen müssen. So viel aber steht fest, viele unserer Kollegen haben sich doch wieder zurückgefunden in unsere Kampf-gemeinschaft, sind wieder guten Willens geworden. Unsere Winter Sonnenwende wird so sicher kommen wie die Sonne, die sich mit jedem folgenden Tag höher über den Horizont hebt, neues Licht, neue Wärme gibt und damit der Natur neues Leben bringt. So werden auch die Gewerkschaften sich wieder aufwärts schwingen zum Wohl und Segen der Arbeiterschaft. Kein Wunderglaube wird uns zum Ziel, Befreiung der Arbeiterschaft vom Joch des Kapitalismus, führen, wohl aber die Mitarbeit aller, die guten Willens sind. Und wenn dann die Arbeiterschaft aus eigener Kraft ihre Menschenwürde sich errungen hat, dann wird die Botschaft, die uns die Weihnachtslegende lehrt, zur Wahrheit werden, „den Menschen, die eines guten Willens sind“.

werden. Diese „Arbeiterführer“ scheitern an den inneren Widerständen ihrer Politik. Es ist unmöglich, sich gleichzeitig für die Vorherrschaft der Unternehmer — durch Festigung der kapitalistischen Eigentumsordnung — und für die Befreiung der Arbeiterschaft — durch die Verwirklichung des Sozialismus — einzusetzen. Die nationalsozialistischen Putschsträume sind ausgeträumt. Die Nacht der langen Messer und das Köpferrollen wurde durch die eiserne Front der deutschen Arbeiterschaft verhindert. Jetzt, wo die Götterdämmerung des Nationalsozialismus in Deutschland hereinbricht, wo der Traum vom Dritten Reich zu Ende geht, ist es erst recht die gemeinsame Pflicht aller deutschen Arbeiter, mutig und entschlossen ihre eigenen Kampforganisationen zu stärken.

Millionen Unorganisierte, Millionen Arbeitslose müssen für den großen Gedanken der Gewerkschaften, für die Selbsthilfe aus eigener Kraft neu gewonnen werden. Das ist die gemeinsame Aufgabe aller Verbände, aller Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Wir wollen gemeinschaftlich werben!

Jeder einzelne, der Kampfgenossen wirbt, verhindert, daß die Löhne noch weiter gekürzt und die sozialen Renten und Leistungen abgebaut werden. Jeder, der seine Kraft in den Dienst der Gewerkschaften stellt und neue Helfer heranzieht, trägt dazu bei, daß durch öffentliche Arbeitsbeschaffung Millionen hoffnungs- und arbeitsloser Kameraden in lohnende Arbeit gebracht werden.

In Hunderten von Betrieben mit Tausenden von Arbeitern haben die Gewerkschaften den notverordneten Lohnabbau während der letzten Monate abgewehrt. Wieviel größer wären ihre Erfolge, wäre die Zahl der Mitkämpfer größer.

Schaffen wir die einheitliche Front des Widerstandes!

Wir müssen heraus aus dem zerfallenden Gestrüch, das die proletarische Solidarität vernichtet. Alle künftigen Veranstaltungen und Versammlungen gelten ausschließlich der Werbung neuer Mitkämpfer. Hunderttausende Mitarbeiter stehen bereit. Werden diese Männer, Frauen und Jugendlichen allerorts für die Werbearbeit der Gewerkschaften gewonnen, gelingt es, jeden einzelnen rechtzeitig mit dem Geist und den Mitteln unserer Propaganda vertraut zu machen, wird die politische und die gewerkschaftliche Presse auf den Werbefeldzug genügend vorbereitet, dann ist der Erfolg sicher. Jeder Erfolg stärkt das Vertrauen der Arbeiterschaft in die eigene Kraft.

Jetzt gibt es, in allen Orten, für alle Betriebe und Betriebsabteilungen Werbeausschüsse zu bilden. Die Ortsverwaltungen der Verbände müssen sie zu einem ständigen Propagandazentrum zusammenschließen. Die Ortsausschüsse des ADGB sind verpflichtet, die Werbeausschüsse der Einzelverbände einheitlich einzusetzen und mit ihnen gemeinsam den Werbeplan aufzustellen.

Eine Anzahl Verbände sind bereit, unorganisierte Arbeitslose und im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigte aufzunehmen. Hunderttausende jugendlicher Arbeiter sind noch für uns zu gewinnen. Sie brauchen unsere Hilfe. Wir brauchen ihre tüchtige Mitarbeit.

Der Bundesvorstand des ADGB fördert nach Kräften die Werbearbeit der Verbände. Er hat einen zentralen Werbeauschuß eingesetzt. Werbebrochüren, Schallplatten, Lichtbilder, Filme und Tonfilme stehen den örtlichen Verbänden und den Ortsausschüssen des ADGB für Werbeveranstaltungen jederzeit zur Verfügung.

Das erste große Lichtbild- und Filmverzeichnis des ADGB ist den Ortsausschüssen von der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin SW 19, Nieselsstraße 6a, übermittelt worden. Sie liefert auch Aufklärungs- und Werbebrochüren (auch für Vorträge).

Zu empfehlen sind:

1. „Warum arbeitslos — Heraus aus dem Elend!“
2. „Arbaiter der Wirtschaft“ (Die Forderungen der Gewerkschaften).
3. „Arbeitsbeschaffung“ (7 Millionen verlangen Arbeit und Brot).
4. „Die letzte Chance des Kapitalismus.“
5. „Gewerkschaften — Friedensvertrag — Reparationen.“
6. „Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften.“
7. „Siegreiche KGO-Streiks?“

Auf drei Schallplatten „Leipart spricht in jeder gewerkschaftlichen Veranstaltung“ nimmt der Bundesvorstand des ADGB Stellung zu den Maßnahmen der Papen-Regierung, zum Arbeitslosenproblem und zum Verhältnis von Nation und Gewerkschaften.

Benutzt diese Werbemittel und die Werbemittel der einzelnen Verbände!

Schon meldet der Ortsauschuß des ADGB Berlin als ersten Erfolg von vier Wochen gemeinschaftlicher Werbearbeit 1000 Neuaufnahmen in jeder Woche.

Die Betriebs-Hammernschaften der Eisernen Front müssen für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen eingesetzt werden. Ruft die arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen zur Mitarbeit auf! Drängt darauf, daß die Angehörigen der gutorganisierten Betriebe und Berufe ihre großen Erfahrungen in den Dienst der Werbung in den schlecht organisierten Betrieben stellen.

Unsere Mittel für Werbematerial sind knapp. Wir haben keine Millionen Subventionen zur Verfügung. Desto größer aber ist der Glaube an unsere Zukunft. Die sogenannten Wirtschaftsführer und ihr politischer Anhang sind am Ende ihres Lateins. Wir aber kämpfen weiter in der Millionenarmee des Proletariats für eine große sittliche Idee, die stärker ist als rohe Gewalt und brutale Unterdrückung. Wir kämpfen durch unsere Werbearbeit mit Begeisterung und Aufopferung für die große Idee des Sozialismus.

Verdoppelt eure Kraft!

Wir wollen werben,
Wir wollen weiden
Was in euch schlummert,
Verborgten loht.
Ludwig Lessen.

Werbung für die Gewerkschaften ist das Gebot der Stunde. Sie ist die Ehrenpflicht jedes organisierten Arbeiters.

Je stärker und disziplinierter die Gewerkschaftsarmee ist, desto größer ist ihre Kraft im Angriff wie in der Abwehr. Nur wenn sich die Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen, ob jung oder alt, vereinigen, nur, wenn sie von einheitlichem Willen beseelt, ihren selbstgewählten Führern folgen, ist die Arbeiterklasse eine Macht.

Seit Jahren wird das Gift der Zersetzung durch tausende Kanäle in die vorwärtstreibende Arbeiterbewegung hineingetragen. Die Kommunistische Partei kennt seit anderthalb Jahrzehnten nur einen Feind: die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Die Zerstörung ihrer Organisationen ist dieser Partei wichtiger als die Einheit und die Stoßkraft der deutschen Arbeiter-

bewegung. Seit Jahren lassen arbeiterfeindliche politische Parteien, seit Jahren lassen viele Unternehmer es sich Millionen kosten, um das Vertrauen der Arbeiter untereinander wie zu ihren Führern zu untergraben. Die Nationalsozialistische Deutsche „Arbeiter“partei führt ihren Kampf um die ausschließliche Macht im Staate als Kreuzzug wider dem „Marxismus“, d. h. gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Kommunisten und Nationalsozialisten marschieren auf getrennten Wegen. Aber sie vereinen sich jederzeit zum gemeinsamen Angriff auf die von den deutschen Arbeitern geschaffenen Organisationen zum Schutze ihrer Arbeitskraft. Sie finden willige Helfer bei den Vorkämpfern der autoritären Regierung, die die Knechtung der Arbeiterschaft wollen, bei den Deutschnationalen. Die Arbeiterschaft ist von falschen Freunden und erbitterten Feinden umgeben. Deshalb stehen in dieser Zeit schwerster Not und Bedrängnis zahllose Arbeiter mühsam, verärgert und hoffnungslos abseits der gemeinsamen Front. Sie vergessen, wohin sie gehören. Sie stehen den Gewerkschaften gleichgültig, wenn nicht geradezu feindlich gegenüber.

Das Doppelspiel der nationalsozialistischen Propheten kann heute nicht mehr abgestritten

Wo bleibt der Abbau der Mieten?

Mit brutaler Rücksichtslosigkeit wurden die Löhne und Gehälter gekürzt und die Bezüge der Unterstützungsempfänger abgebaut. Brünning hat als Ausgleich dafür doch wenigstens den Versuch gemacht, die Preise zu senken und die Mieten abzubauen. Die „grundtätig neue Art der Staatsführung“ aber hat an die Mieten nicht gerührt, es ist nicht einmal davon die Rede gewesen, daß die Mieten gesenkt werden. Dabei sind heute nicht nur die Unterstützungsempfänger, sondern auch viele in Arbeit stehende Arbeiter und Angestellte nicht mehr in der Lage, die Mieten bezahlen zu können. Die Mietverhältnisse sind nach den Mitteilungen der Hausbesitzerverbände gewaltig gestiegen, und die Neubauwohnungen stehen zum erheblichen Teil leer. Mehrere Familien teilen sich heute in eine Wohnung, und häufig wohnt eine ganze Familie in einer Küche oder in einem Zimmer. Aber selbst bei diesen Einschränkungen, die ungeheure Gefahren für das Familienleben mit sich bringen, können viele Lohn- und Gehaltsempfänger die Mieten nicht aufbringen. Angesichts dieser Tatsachen ist es eine zwingende Notwendigkeit, so schnell wie möglich die Mieten zu senken.

Auf die Hausbesitzer kann keine Rücksicht mehr genommen werden. Sie haben in letzter Zeit ungeheure Summen erhalten, aber mit ihren Forderungen sind sie dadurch nicht etwa bescheidener geworden. Aus dem Abbau der Hauszinssteuer im April 1932 floß ihnen ein Milliardengehalt zu, außerdem die Papenregierung den Alt-Hausbesitzern für Reparaturzwecke 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um die sich die Hausbesitzer heute zanken und streiten, weil jeder den größten Anteil daran haben will. Das Einkommen der Hausbesitzer ist nicht gesunken, eher ist es noch gestiegen. Das geht auch hervor aus der Einkommensstatistik des Statistischen Reichsamtes, wonach die Einkommen aus Vermietung von 836 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 900 Millionen Mark im Jahre 1931 gestiegen sind. Legt man den Kaufkraftwert der Mark von 1928 zugrunde, dann erhöhte sich das Einkommen der Hausbesitzer in der angegebenen Zeit von 836 Millionen auf rund eine Milliarde Mark, während zu gleicher Zeit das Arbeitseinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger von 42,6 Milliarden auf 26,9 Milliarden Mark zurückging. Noch im Jahre 1931, wo das Massenelend der kleinen Mieter bereits entsetzlich anstieg, nahm der Kaufkraftwert des Einkommens aus Vermietungen um rund 80 Millionen Mark zu. Schätzungsweise sind in der gesetzlichen Miete von 110 Prozent der Friedensmiete rund eine Milliarde Mark an Instandhaltungsgeldern enthalten, die aber die Hausbesitzer meistens nicht für die Renovierung der Häuser und Wohnungen ausgeben, sondern in die eigene Tasche stecken. Der Mieter trägt die Lasten, er weiß nicht, wie er die Miete aufbringen soll.

Die Mietpreise stehen heute in keinem Verhältnis mehr zu dem Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Der Verband Schleswig-Holsteiner Baugenossenschaften hat eine Erhebung durchgeführt, die einen aufschlußreichen Einblick in die trostlose Lage der Mieter gewährt. Die Umfrage erstreckte sich auf 4000 Wohnungsmieter, wovon 72 Prozent Arbeiter und Handwerker sind. Das Einkommen dieser 4000 Mieter betrug bei 22 Prozent bis 50 Mark im Monat, bei 18 Prozent 51 bis 75 Mark, bei 15 Prozent 76 bis 100 Mark, bei 28 Prozent 101 bis 150 Mark, bei 9 Prozent 151 bis 200 und bei 8 Prozent über 200 Mark. Von diesem Einkommen müssen nahezu 50 Prozent der Mieter die Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Es betragen die Mietpreise bei 5 Prozent der Wohnungen bis 20 Mark im Monat, bei 14 Prozent 21 bis 25 Mark, bei 19 Prozent 26 bis 30 Mark, bei 28 Prozent 31 bis 40 Mark, bei 20 Prozent 41 bis 50 und bei 14 Prozent über 50 Mark.

Die Zahlen beweisen, daß 95 Prozent aller Wohnungen mehr als 20 Mark Monatsmiete und 62 Prozent mehr als 30 Mark kosten. Rund 40 Prozent der Mieter müssen mehr als 50 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufbringen und 30 Prozent der Mieter mehr als 75 Prozent. Was bleibt dann noch zum Leben übrig? Für Ernährung und Kleidung stehen 30 Prozent der Mieter nur 25 Prozent ihres Einkommens zur Verfügung, das sind bei 20 Mark Monatsmiete nur 5 Mark. Vielleicht zeigt einmal ein Minister, wie man davon leben kann!

Bei anderen Untersuchungen sind ähnliche Ergebnisse festgestellt worden. Bei den Metallarbeitern beträgt nach einer Untersuchung von Dr. Führling der Mietanteil am Einkommen 40 bis 50 Prozent. Der Einheitsverband der Eisenbahner stellte im Januar 1932 fest, daß seine Mitglieder 15,1 Prozent ihres Einkommens für die Wohnungsmiete ausgeben. Dabei handelt es sich hier fast durchweg um vollbeschäftigte Beamten und Arbeiter. Die Unterstützungsempfänger in den Großstädten führen ihre Bezüge oft bis zu 80 Prozent an die Hausbesitzer ab. Für Ernährung bleibt ein kleiner Betrag übrig, für Kleidung können überhaupt keine Aufwendungen mehr gemacht werden.

Unter diesen Umständen kann es nicht ausbleiben, daß die Armut sich heute mehr und mehr in elenden Löhern, in Lauben und Buden, in Kellern, Kammern und Baracken sammelt. Die Rücksichtslosigkeit der Hausbesitzer kennt kein Erbarmen, der Profit steht ihnen höher als das Einsehen, daß bei solchem geringen Einkommen die Mieten gesenkt werden müssen. Wenn es noch so weit kommt, was bei der heutigen Finanzlage der Gemeinden durchaus wahrscheinlich ist, daß die Mittel für Mietzuschüsse gelpert werden, dann ist die Katastrophe nicht abzusehen. Dabei erheben die Hausbesitzer immer neue Forderungen. Sie verlangen die völlige Beseitigung des gesetzlichen Mieterschutzes, die Senkung der Gebühren für Straßenunterhaltung, die Aufhebung der Grundsteuer und Wertzuwachssteuer. In ihren Forderungen kennen sie keine Grenzen, nur die Mieten sollen nicht abgebaut werden. Der Mieter, dessen Einkommen seit 1931 zum Teil um 50 Prozent und mehr gesunken ist, soll die alte Miete bezahlen.

Bei alledem denken die Hausbesitzer nicht daran, die Wohnungen in einem anständigen Zustande zu erhalten. Es gibt heute sogenannte Wohnungsvermietungsvereinigungen, die sich die Herrschaft über ein paar Dutzend Mietshäuser gesichert haben und nur das eine Ziel kennen, soviel wie möglich aus der Vermietung der Wohnungen herauszuschlagen. Für die Instandsetzung der Häuser und Wohnungen geben sie keinen Pfennig aus, gehen aber bei der Eintreibung der Mieten rücksichtslos und unverkämmt vor. Der Mieter, durch die Umstände oft zum Abschluß eines langen Mietvertrages gezwungen, wird nach allen Regeln der Kunst im buchstäblichen Sinne ausgebeutet. Dagegen hilft nur ein energisches Durchgreifen. Die Zeitumstände erfordern, daß die Mieten unverzüglich ganz erheblich gesenkt werden. Die Hausbesitzer müssen dazu durch eine Verordnung gezwungen werden. Man hat den Angehörigen und Arbeitern das Einkommen abgebaut, wo aber bleibt der Abbau der Mieten?

Der deutsche Arbeitsmarkt während der Krise

3. Schicksal der Arbeitenden.

Seit Mitte 1929 nimmt die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in Deutschland unaufhaltbar ab. Nach der Statistik der Krankenkassen waren regelrecht beschäftigt:

September 1929	18,4 Millionen Arbeitnehmer
September 1930	16,5 Millionen Arbeitnehmer
September 1931	14,4 Millionen Arbeitnehmer
September 1932	12,8 Millionen Arbeitnehmer

Freilich ist in der allerletzten Zeit diese Abwärtsbewegung zum Stillstand gekommen. Die Zahl der Beschäftigten schwante im Sommer und Herbst dieses und des Vorjahres wie folgt (in Tausend):

	1931	1932
Mai	15 197	12 744
Juni	15 253	12 779
Juli	15 020	12 756
August	14 618	12 755
September	14 370	12 834

Damit lag in diesem Jahr die Zahl der Beschäftigten tiefer als in demselben Monat des Vorjahres: im Mai um 2 453 000, im September um 1 536 000. Seit Ende September ist die Zahl der Beschäftigten wieder zurückgegangen. Wahrscheinlich aber wird in diesem Jahr die winterliche Schrumpfung der Beschäftigung nicht so stark sein wie üblich. Bekanntlich wird die winterliche Arbeitslosigkeit in erster Linie durch die Entlassungen in der Landwirtschaft und im Baugewerbe bedingt. Die Landwirtschaft hat aber bereits die für die Winterzeit entbehrlichen Arbeitskräfte abgetoßen, so daß eine weitere saisonmäßige Schrumpfung der Beschäftigung nur noch von der Seite der Bauwirtschaft zu befürchten wäre. Das Baugewerbe war aber bereits im Sommer so schlecht beschäftigt, daß es im Winter nicht viel Arbeiter freisetzen kann.

Ohne weitere konjunkturelle Verschlechterung der Geschäftslage wird daher im kommenden Winter die Zahl der Beschäftigten kaum die Grenze von 12 Millionen unterschreiten. Beschäftigt zu sein gilt heutzutage beinahe wie ein besonderes Glück. Allerdings werden auch die Arbeitenden von den Auswirkungen der Krise nicht verschont. Auf dreierlei Weise bekommen sie den Druck der Krise zu fühlen: 1. durch die Kurzarbeit, 2. durch den Lohnabbau, 3. durch die Belastung ihres Haushalts infolge der Not ihrer Angehörigen und Verwandten.

a) Kurzarbeit.

Nach den Berichten unserer Verbände standen von je 100 beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern in Kurzarbeit:

Ende Oktober 1929	7,5 v. H.
Ende Oktober 1930	19,5 v. H.
Ende Oktober 1931	34,2 v. H.
Ende Oktober 1932	29,4 v. H.

Die Kurzarbeit ist also gegenwärtig mehr als fünfmal so stark verbreitet wie vor drei Jahren, rund 40 v. H. aller Beschäftigten arbeiten verkürzt.

Der durchschnittliche Ausfall an Arbeitszeit pro Kurzarbeiter war:

im Oktober 1929	12,8 Stunden in der Woche
im Oktober 1930	14,0 Stunden in der Woche
im Oktober 1931	13,5 Stunden in der Woche
im Oktober 1932	12,8 Stunden in der Woche

Pro Kopf der Beschäftigten betrug die Kurzarbeit:

im Oktober 1929	1,0 Stunden in der Woche
im Oktober 1930	2,7 Stunden in der Woche
im Oktober 1931	4,6 Stunden in der Woche
im Oktober 1932	5,0 Stunden in der Woche

Im Jahre 1929 wurden aber noch in großem Umfange Ueberstunden geleistet. Im Durchschnitt entfiel auf jeden Beschäftigten wenigstens eine Ueberstunde in der Woche. Die tatsächliche Dauer der Arbeitswoche betrug im Durchschnitt: im Oktober 1929 48 Stunden, im Oktober 1930 45,3 Stunden, im Oktober 1931 43,4 Stunden, im Oktober 1932 43,0 Stunden. Im Vergleich mit dem Jahre 1929 bedeutete die Kurzarbeit (samt dem Abbau der Ueberstunden) einen Ausfall an Arbeit und Arbeitsverdienst pro Kopf der Beschäftigten: im Oktober 1930 um 5,6 v. H., im Oktober 1931 um 9,6 v. H., im Oktober 1932 um 10,4 v. H.

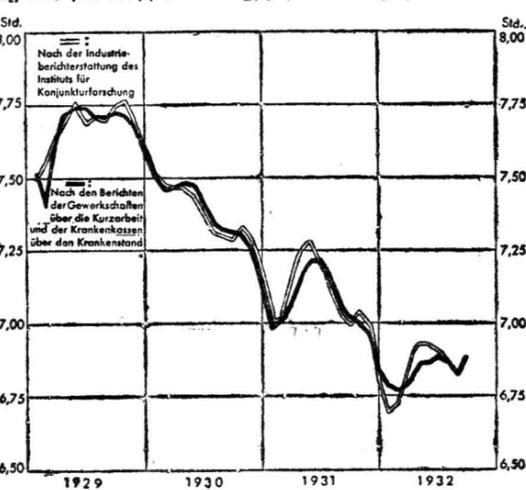
Diese Berechnung wird mit auffallender Genauigkeit durch die Industrieberichterstattungen des Instituts für Konjunkturforschung bestätigt, die auf Grund der Berichte von einer Zahl repräsentativer Betriebe aus allen Wirtschaftsgebieten die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit der Arbeiter wie folgt ermittelten:

im September 1929	7,76 Stunden
im September 1930	7,33 Stunden
im September 1931	7,03 Stunden
im September 1932	6,96 Stunden

Danach wäre die durchschnittliche Arbeitszeit im Vergleich mit 1929 zurückgegangen: im September 1930 um 5,6 v. H., im September 1931 um 9,4 v. H., 1932 um 10,3 v. H.

Wenn man die Berichte unserer Verbände über die Kurzarbeit unter ihren Mitgliedern durch die Angaben der Krankenkassen über den Krankenstand ergänzt, kann die durchschnittliche Dauer der Arbeitswoche oder des Arbeitstages pro Kopf der Belegschaft berechnet werden, die den Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung entspricht. Die Uebereinstimmung der Ergebnisse der beiden Ermittlungen im Laufe der ganzen Beobachtungsperiode ist gerade erstaunlich. Sie bestätigt die Richtigkeit unserer Berechnung (siehe das Diagramm).

Die durchschnittliche Arbeitsdauer pro Tag und pro Kopf der Belegschaft in den Jahren 1929 bis 1932.



(Bei der Aufstellung dieses Diagramms wurde für das Jahr 1929 eine Ueberstunde wöchentlich pro Kopf der Belegschaft berechnet. Es wurde ferner angenommen, daß die Ueberstunden im 1. Halbjahr 1930 allmählich und gleichmäßig abgebaut worden sind. Für die Angaben des Instituts f. K. sind gleitende Durchschnittswerte für je 3 Monate genommen).

b) Lohnabbau.

Das Ausmaß der Lohnkürzungen in den letzten Jahren wurde mehrmals durch die gewerkschaftlichen und amtlichen Lohnhebungen ermittelt.

Im Jahre 1930 sind die Tariflöhne unverändert geblieben, die übertariflichen Arbeitsverdienste wurden aber in den einen Betrieben gekürzt, in den anderen völlig abgeschafft. Die daraus entstandene allgemeine Kürzung des Arbeitsverdienstes wird im Durchschnitt auf etwa 6 v. H. geschätzt. Seit Ende 1930 setzte die Offensive der Unternehmer gegen die Tariflöhne ein. Im Vergleich mit dem Stand von Dezember 1930 (gleich 100 gesetzt) wurden Tariflöhne im Durchschnitt gekürzt:

Nach der gewerkschaftlichen Tariflohnstatistik (männliche Arbeiter)	Nach der amtlichen Tariflohnstatistik (sämtl. Berufsgruppen)
bis zum Dezember 1931 um 7,6 v. H.	um 7,9 v. H.
bis zum Januar 1932*) um 17,5 v. H.	um 17,3 v. H.
bis zum Juni 1932 um 22,2 v. H.	um 20,0 v. H.

Der gesamte Lohnabbau von 1929 bis 1932 einschließlich der Kürzung der übertariflichen Arbeitsverdienste sollte nach der gewerkschaftlichen Statistik rund 28 v. H. und nach den amtlichen Ermittlungen etwa 26 v. H. pro Stunde betragen.

Da aber die durchschnittliche Dauer der Arbeit pro Woche sich inzwischen um 10,3 bis 10,4 v. H. vermindert hat, ist der Wochenverdienst eines beschäftigten Arbeitnehmers im Vergleich mit dem Jahre 1929 um 34 bis 36 v. H. gefallen.

Freilich sind auch die Lebenshaltungskosten in der Beobachtungsperiode gesunken: im Jahresdurchschnitt 1929 war die Indexziffer

*) Nach der Auswirkung der Dezember-Notverordnung.

der Lebenshaltungskosten 153,8, im Juni 1932 lautere sie auf 121,4. Wenn man aber die Steigerung der Steuern und Versicherungsbeiträge mit berücksichtigt, läßt sich die tatsächliche Senkung der Lebenshaltungskosten seit 1929 auf etwa 17 bis 18 v. H. schätzen.

Der Arbeitsverdienst der beschäftigten Arbeiter ist also zweimal tiefer gefallen als die Lebenshaltungskosten. Der effektive Reallohn hat sich im Durchschnitt um ein Sechstel vermindert.

c) Mehrbelastung durch die Krise.

In der Diskussion über den Arbeitsmarkt werden häufig die Beschäftigten den Arbeitslosen als zwei verschiedene soziale Schichten gegenübergestellt. Freilich fühlt sich ein Arbeitsloser im Arbeitsamt oder vor dem geschlossenen Tor des Betriebes wie ein Ausgestoßener aus dem Kreise der Beschäftigten. Im Familienleben verteilt sich aber die Last der Arbeitslosigkeit unter die Arbeitslosen und die in Arbeit stehenden. Diese gegenseitige Hilfe im Rahmen einzelner Arbeitnehmer-Haushaltungen hört auf bei einer Dauerkrise wie der jetzigen eine private Angelegenheit der betreffenden Familien zu sein, sie verwandelt sich in eine soziale Tat von ungeheurer Bedeutung. Zugleich aber bedeutet sie eine schwere Belastung des Haushalts der Beschäftigten.

Von den 20,8 Millionen Arbeitnehmern, die es gegenwärtig im Reiche gibt, standen etwa 4 Millionen, solange sie beschäftigt waren, außerhalb des Familienhaushaltes (Alleinstehende und in fremden Haushalten lebende Personen). Etwa 2,2 Millionen gehörten zu den Familienhaushalten, deren Vorstände keine Arbeitnehmer sind (Bauern, Handwerker, kleine Rentner u. ä. m.). Die übrigen 14,6 Millionen verteilten sich auf Arbeitnehmerhaushaltungen: etwa 8,9 Millionen waren Familienvorstände, etwa 5,7 Millionen mitverdienende Familienmitglieder.

Unter dem Druck der Krise sind etwa 7,6 Millionen Arbeitnehmer aus dem regelrechten Arbeitsprozeß verdrängt worden. Alle Schichten des Arbeitnehmers sind von der Arbeitslosigkeit etwa in demselben Maße betroffen. Für die Alleinstehenden (etwa 1,5 Millionen) handelt es sich um persönliche Not. Die Zahl der Arbeitslosen, die in den nicht proletarischen Familien Rückhalt haben, läßt sich etwa auf 0,8 Millionen schätzen. Es bleiben noch etwa 5,3 Millionen Arbeitslose übrig, die sich auf etwa 8,9 Millionen Arbeitnehmerfamilien verteilen. Rund 60 v. H. der Arbeitnehmerfamilien sind also unmittelbar von der Arbeitslosigkeit betroffen, in jeder zweiten proletarischen Familie gibt es ein oder mehrere arbeitslose Familienmitglieder.

Freilich bekommen diese Arbeitslose Unterstützung entweder bei der Arbeitslosenversicherung oder bei der Krisenfürsorge oder bei den Wohlfahrtsämtern. Selbstverständlich versucht darüber hinaus jeder Arbeitslose sich selbst zu helfen, indem er für kümmerliches Entgelt allerlei gelegentliche Arbeit aufnimmt. Aber sofern er einem Familienhaushalt angehört, drückt der Ausfall seines Verdienstes das Lebensniveau sämtlicher Familienangehörigen herab.

Die Belastung der Haushalte der Beschäftigten durch die Arbeitslosigkeit ihrer Angehörigen oder Verwandten wird bis aufs Äußerste durch die „Bedürftigkeitsprüfung“ gesteigert. Praktisch bedeutet die Aussteuerung von Arbeitslosen wegen „mangelnder Bedürftigkeit“ nichts anderes als Abwälzung der ganzen Last ihrer Unterstützung auf einzelne Haushaltungen der noch in Arbeit stehenden Arbeitnehmer. Etwa jede dritte oder vierte Familie der beschäftigten Arbeitnehmer wurde in der letzten Zeit durch die Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung betroffen.

Statistisch läßt sich die materielle Belastung der Beschäftigten durch die Arbeitslosigkeit ihrer Verwandten und durch die Kürzung der öffentlichen Unterstützung der Letzteren nicht ermaßen. Es wird aber kaum eine Ueberreibung sein, wenn wir diese Mehrbelastung der Haushalte der Beschäftigten im Durchschnitt auf 10 v. H. ihrer normalen Einkommen abschätzen (in vielen Fällen wird es sich hier um 20 bis 30 v. H. und mehr handeln).

Das Lebensniveau der Arbeitenden wurde also in der letzten Zeit von zwei Seiten herabgedrückt:

Ihr effektiver Reallohn ist infolge der Kurzarbeit und des Lohnabbaues etwa um 17 v. H. gekürzt worden.

Aus den gekürzten Einnahmen müssen sie noch ihre arbeitslosen Angehörigen unterstützen.

Der Betrag, über den sie für sich selbst und die Angehörigen verfügen können, die auch früher auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen waren, ist etwa um ein Viertel zusammengeschrunpft.

Hier ist eine der wichtigsten Quellen der katastrophalen Ausweitung unseres Binnenmarktes. Nur durch die Aufrechterhaltung der Löhne und der Leistungen der Arbeitslosenversicherung hätte die verheerende Wirkung der Massenarbeitslosigkeit auf die Wirtschaft lokalisiert und gemildert werden können. Die soziale Reaktion, die die Wirkung der Krise auf die Kaufkraft der Bevölkerung aufs Äußerste verstärkt hat, ist daran mißschuldig, daß die Krise in Deutschland eine Schärfe erhalten hat, die kein anderes Land der Welt kennt.

Koalitionsrecht und Gewerkschaften im Dritten Reich

Am 1. Dezember veranstaltete die den Nazis nahestehende „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“ einen Vortragsabend, auf dem eine der schwanternden Gestalten der Neuzeit, August Winnig, über das Thema „Koalitionsrecht und Gewerkschaften im neuen Staat“ sprach. Was dort für ein Publikum zusammengekommen war, ersieht man daraus, daß der ehemalige Herzog von Sachsen-Koburg diese Versammlung leitete. Diese Leuchte des Dritten Reichs, mit der Hitler den Sozialismus, die Brechung der Zinshegemonie und ähnliches durchzuführen gedenkt, erzählt in der Eröffnungsrede, daß die Krise in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft nur durch den Faschismus zu heilen sei. Dann betrat August Winnig das Rednerpult. Vorerst einige Worte zur Charakterisierung dieses Menschen. Er war in seiner Jugend radikaler Sozialdemokrat. Als typischer Postenjäger verstand er es, in der Arbeiterbewegung Karriere zu machen. Im Kriege änderte er seine Gesinnung. Heimlich schrieb er an Wilhelm den Letzten Briefe, worin er diesen Monarchen umschmeichelte. Dann wurde er Staatskommissar im Osten, darauf Oberpräsident von Ostpreußen. Beim Kapp-Putsch witterte er verkehrten Wind und wurde deshalb entlassen. Er war dann Goldschreiber für Stinnes und entwickelte sich immer mehr zum Feind seiner einstigen Klassengenossen. Schließlich landete er bei Hitler. Dort schwabroniert er jetzt über Gewerkschaften, Arbeitertum und ähnliches. Dieser üble Zeitgenosse führte in der genannten Versammlung u. a. aus: Das deutsche Volk steht an einer Wendung. Die Zeit der Freiheit ist vorbei. Hat der Wille früherer Freiheit geheißen, so heißt er jetzt Form. Winnig erzählt dann, als er von der faschistischen Lösung gehört habe, habe er bedauert, daß nicht die Deutsche Lösung erfunden hätten. Die Gesetzgebung des Dritten Reichs werde folgendes festzulegen haben: „Das Koalitionsrecht wird zur Koalitionspflicht. Jeder, der für Lohn arbeitet, und jeder, der Arbeitskräfte beschäftigt, ist Mitglied einer Gewerkschaft. Arbeitergewerkschaften und Unternehmergewerkschaften bilden zusammen das Gewerk, wobei in dieser Verbindung der entscheidende Schritt zu sehen ist. Die Aufgaben der Gewerke setzt der Staat fest. Alle Gewerke bilden eine große Einheit, den Werkstand. Dieser muß die erste Säule des Staates sein.“

Man sieht, daß dieser Säulenheilige des Dritten Reichs bestrebt ist, seinen Auftraggebern nach dem Munde zu schwätzen. Fürwahr, es ist ein herrliches Bild: Der Gewerkschaftsfeind Hitler, der Herzog von Koburg und der einstige Gewerkschaftsführer! Wo in n i g Arm in Arm zur Reformierung der deutschen Arbeiterbewegung! Diese Bundesgenossen glauben vielleicht im Ernst, daß die deutsche Arbeiterschaft auf ihre Tiraden hereinfällt. Wir aber vertrauen darauf, daß die deutschen Arbeiter diese Gesellschaft unter sich läßt. Die Zeit der Freiheit soll nicht vorbei sein, sondern sie soll erst noch erobert werden.

Zur Neuwahl der Zahlstellenfunktionäre

Kurz vor Jahreschluss, mindestens jedoch zu Beginn des neuen Jahres, finden in den Verbandsfamilien die sogenannten Generalversammlungen statt, in denen unter anderem die Vorkommnisse in der Zahlstelle, im Bezirk, im Verbands usw. nochmals gestreift werden, um die nötigen Lehren daraus zu ziehen. Darauf erfolgt fast durchweg die Neuwahl der örtlichen Funktionäre.

Mancher unter diesen Kollegen ist froh, wenn er seine Funktion wieder abgeben kann, denn in dieser Zeit ist es zweifellos eine schwere Bürde, in der Freizeit noch für den Verband und seine Mitglieder am Ort oder im Bezirk zu wirken und zu sorgen; zumal genügend eigene Sorgen auch auf jedem einzelnen Funktionär lasten. Hinzu kommt, daß die Zahlstellen fast alle über keine großen finanziellen Mittel mehr verfügen und infolgedessen nur die notwendigsten Ausgaben bestreiten können. Dieser Zustand wirkt ebenfalls zermürbend auf die Funktionärstätigkeit ein, weil der persönlichen Opferwilligkeit durch die Wirtschaftsverhältnisse ganz natürliche Grenzen gezogen werden.

Dennoch wird jedem amtsmüde gewordenen Funktionär, der mit innerer Überzeugung seiner Aufgabe gerecht zu werden vermag, nicht gleichgültig sein, wer nun sein Nachfolger wird. Um den örtlichen Verbandsmitgliedern Berater und Helfer sein zu können, genügen keine Schlagworte, verbrämt mit Revolutionstomantik, sondern dazu gehört in erster Linie Kenntnis vom Organisationsleben im Verbands, gehört die Kunst des Abschürens der eigenen Kraft, gehört noch vielerlei Wissen, um als Führer und Helfer im Verkehr mit den Kollegen und zu ihrem Besten tätig zu sein. Natürlich gehört dazu auch die Selbstverständlichkeit des Trichters in der großen Kolonne, die sich im ADGB vereinigt.

Bei den bevorstehenden Neuwahlen in den Verbandsfamilien ist es unbedingt nötig, zu wissen, daß die KPd wieder aufruft. Sie wirkt hier selbstverständlich für die RGD, die ja das zweifelhafte Produkt der KPd ist. Die kommunistische Presse stellt in ihren Aufrufen zur Postenjägeri in den Gewerkschaften folgenden Beschluß des Effis an die Spitze:

„Jede Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaft, um jeden wählbaren Posten, durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Eroberung der Organisationen der einzelnen Verbände sowie der Ortskartelle der reformistischen Gewerkschaften.“

(XII. Effi-Plenum.)

Sie wollen Verbandsfunktionäre werden unter allen Umständen, die Schreier, die Nichtswisser, die unfähigen Schwadroniere. Die KPd-Zentrale hat sogar ausgerechnet, wie viele Posten winken; es heißt da:

„In 13 759 Ortsverwaltungen und Zweigvereinen des ADGB werden in diesen Wochen und Monaten die Leitungen durch Neuwahlen besetzt.“

Es werden die Ortsvorstände bzw. Bezirksvorstände der Gewerkschaften gewählt. Es findet auch eine Neuwahl der Generalversammlungsbelegierten und der Vertreter der einzelnen Gewerkschaften in die Ortsvorstände des ADGB statt. 1295 Ortsausschüsse des ADGB werden auf diese Weise durch Neuwahlen zusammengeleitet. Um jeden Gewerkschaftsposten wird die Opposition einen Kampf führen.“

Rußlands Regierung bezahlt nicht umsonst. Sie will „Leistungen“ sehen. So wie vor jeder Reichstagswahl die Arbeiterschaft in den Streik, auf die Straße gejagt wird, um sie nachher ihrem Schicksal zu überlassen, so soll es allgemein werden; es soll Elend im „Weltmaßstab“ erreicht werden. So will, so bezieht es der russische Staatliche Geldgeber durch seinen Strohmann „Effi“ (Exekutiv-Komitee der kommunistischen Internationale). Deshalb der Aufruf in der kommunistischen Presse. Der Proletarier (Fabrikarbeiter-Verband) schreibt dazu: „Unsere Mitglieder müssen auf der Wacht sein, damit nicht Menschen sich als „Führer“ versuchen, die heute Kazi und morgen Kazi sind, Leute, die nicht Arbeiterinteressen wahrnehmen, sondern die Interessen der russischen Politik. Dafür werden diese Menschen vom russischen Staat bezahlt, und insofern ist ihre Stellung auch diktatorisch vom persönlichen Interesse. Solche Leute nennt man Demagogen. Sie dürfen keine Gelegenheit bekommen, die Gewerkschaften und damit den Kern der gesunden Arbeiterbewegung zu zerstören.“

Das muß auch für unsere Verbandsmitglieder gelten, muß Richtschnur sein bei den bevorstehenden Neuwahlen in den Zahlstellen unseres Verbandes. Funktionär im Verbands kann nur der Kollege werden, sein und bleiben, der es mit seinem Verbands, mit der Gewerkschaftsbewegung überhaupt durchaus ehrlich meint. Die Neuwahl der Funktionäre überläßt eine rührige Zahlstellenleitung auch nicht der Zufallsmehrheit einer Versammlung, sondern arbeitet entsprechend vor. Das machen jene von der KPd-Presse aufgerufenen und dort eingeschworenen Leser schon längst viel unbekümmerter. Deshalb also keine Gewissensbisse, schließt die Wahl der Funktionäre in den Zahlstellen vor Ueberrumpelungen!

Das Weihnachtsmärchen

Ein Märchen flüftert durch Eis und Schnee.
Es flüftert leise, daß alles Weh
Der Menschheit sei von dieser genommen,
Seit Christus zu den Menschen gekommen,
Daß endlich Friede sei auf der Erde;
Kein Leid der Menschen mehr, keine Beschwerde —
Und freudige Lobgesänge erschallen,
Daß allen Menschen ein Wohlgefallen!

Friede, wo alles in Waffen starrt?
Wohlgefallen, wo grimmig und hart
Ohne Liebe und ohne Erbarmen
Hunger pocht an die Hütten der Armen,
Wo das Elend grimmige Weisen getzt,
Und immer von neuem Elend erzeugt?
Friede, sagt ihr, und Wohlgefallen,
Wo Haß und Not sich zu Bergen ballen?

Schon früher, noch ehe der Heiland geboren,
Da waren Friede und Freude verloren,
Erstigt durch Herrschsucht, durch Neid und Geiz!
Und so schleppt noch heute der Menschheit Kreuz
Die Menschheit keuchend und unbefreit
Trotz „gnadenbringender“ Weihnachtszeit,
Gepeinigt von der Herrschsucht Rüden und Tüden
Auf ihrem gebeugten, zerplagten Rücken!

Ein Märchen ist es, das da erklingt
Und leise einschläfernde Weisen singt.
Doch ihr sollt nicht träumen, ihr sollt erwachen
Und Ernst mit Frieden und Freude machen!
Wenn Friede und Wohlgefallen sollen gedeihen,
Dann müßt ihr euch kraftvoll selber befreien!
Nur dann, wenn der Knechtschaft Fesseln fallen,
Wird Friede auf Erden und Wohlgefallen! I.

Gewerkschafters Weihnacht

Vergeßt einmal für Stunden den Alltag, ihr gequälten und sorgenden Arbeitsmenschen, und erlebt in Feier den tiefsten Sinn des Gedankens, für den ihr kämpft!

Weihnacht ist. Friede senkt sich für Stunden über die Erde. Sänftigend alle. Heiland alle zerrissenen Seelen. Und da fühlt auch du, Arbeitsmensch, deine Seele, für die du sonst so wenig Zeit und Ruhe hast.

Sonst drängst du täglich und stündlich ins Leben. Du kämpfst um dein Brot. Du ringst um Rechte. Du sorgst um den anderen

Ein eigenartiges Gutachten

Die psychiatrisch-medizinischen Wissenschaftler der Charité in Berlin haben kürzlich in einer Rentenstreitfrage eines Steinarbeiters ein Gutachten erstattet, das unter den gesamten Steinarbeitern Deutschlands berechtigige Empörung auslösen wird. Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft dagegen kann, gestützt auf diese ärztliche Auslassung, die Rente für die Hinterbliebenen sparen, wenn die Berufungsinstantz sich der eigenartigen Begründung des Gutachtens anschließt. Folgender Sachverhalt liegt zugrunde:

Der 52 Jahre alte Steinpfeiler Jeller aus Gräfenhain bei Königsbrunn mußte wegen Entfernung eines Splitters in die Universitätsklinik Leipzig gebracht werden. Dort wurde nach Atropineinjektion an zwei Tagen, einen Tag gegen 5 Minuten, den anderen Tag gegen 3 Minuten, der Versuch gemacht, mit dem Riesenmagneten den Splitter zu entfernen. Der Splitter konnte nicht entfernt werden, aber Jeller mußte in die Universitäts-Nervenklinik gebracht werden, weil er irrsinnig geworden war. Dort ist er nach wenigen Tagen verstorben. Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft lehnte die Hinterbliebenenrente ab, weil angeblich der Tod des Jeller nicht in ursächlichem Zusammenhang mit dem Unfall erfolgt sei, obwohl in dem Gutachten der Universitäts-Nervenklinik Leipzig ausdrücklich gesagt wird, daß der Tod Jellers auf eine körperliche Schädigung, deren Natur unklar blieb, zurückzuführen sei. Ein Augenarzt von Ruf sprach sich gutachtlich dahin aus, daß der Tod mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Unfallfolgen zurückgeführt werden könne. Jeller soll nun in der Augenklinik in Leipzig gefragt worden sein, was ihm fehle, worauf er erklärt haben soll, ihm fehle das Bier. Diese Äußerung, die er wahrscheinlich schon in getrübbtem Bewußtsein abgegeben hat, nimmt die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft zum Anlaß, die Hinterbliebenenrente abzulehnen. Fünf Zeugen, darunter der Buchmeister, ein Betriebsratsmitglied und zwei weitere Mitarbeiter des Verstorbenen, sagen bei der eidlichen Vernehmung aus, daß Jeller kein Trinker war und nicht mehr Bier getrunken hat wie andere Steinarbeiter auch.

Das Oberversicherungsamt Bauhen zieht zur Klärung der Sachlage noch ein Gutachten der psychiatrischen und Nervenklinik Charité in Berlin bei. Auch dieses Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß der Tod zweifelsfrei auf eine exogene (von außen gewalttätig) Körperschädigung organischer Natur zurückzuführen sei. Nachdem das Gutachten sich so zweifelsfrei ausgesprochen hat, geht es auf die Frage ein wegen dem angeblichen Ausspruch Jellers, ihm fehle das Bier. Hier rückt nun das Gutachten auf eine, nach unserer Auffassung sehr bedenkliche Linie ab, indem es den Irrsinn des Verstorbenen als Alkoholdelirium anspricht, obwohl in dem Gutachten vorher von exogener Körperschädigung gesprochen wird. Mit dieser Schädigung kann sicherlich nicht das Trinken einiger Glas Bier in der Woche gemeint sein.

Das Kind und der Bettler

Dezemberkälte und Vornachtsstrubel,
vor taghellen Scheinern Kinderjubel.
„Sieh, Mutti, den Kochherd, die Kuppe hier
und diesen Kaufladen wünsche ich mir.
Und dann diesen Wagen...“ Da dringt ein Flehen
ans Ohr der Menschen, die hastig vorübergehen.
„Geben Sie, geben Sie“, klagt's in den Wind.
„Und dann will ich noch...“ sagt eben das Kind,
da sieht es den Bettler: Sieh da, ein Mann,
der hat ja nicht mal einen Mantel an.
„Frierst du denn nicht?“ „Frag nicht so dumm.“
Doch die Kleine fragt weiter, wieso und warum
das Christkind dem Mann keinen Mantel schenkt,
und wieso es nur an die Reichen denkt.
Und dann will es wissen,
warum die Armen betteln müssen.
Die Mutter lenkt ab. „Sieh da, schöne Sachen“,
aber die Kleine kann plötzlich nicht mehr lachen
und sagt: „Mutti, gib du doch dem Mann
einen Mantel, den Papa nicht mehr brauchen kann.
Weißt du, den, der hinten im Schrank hängt.“
Woran so ein Kind doch nicht alles denkt,
denkt die Mutter, als sie es verpricht.
Da ist es ihr plötzlich, als wäre ein Licht
angezündet in den Augen der Kleinen.
Und auch in den Läden und Auslagen scheinen
die Lampen heller im Augenblick,
als spürten auch sie, daß hier das Glück
den Weg in das Herz eines Kindes fand.
Viel tausend stehen am Straßenrand.
Ihre Stimme klagt laut und flehend im Wind:
Denk an die, die ohne Arbeit sind! E. G.

Die eidliche Aussage der Zeugen, daß der Verstorbene nicht mehr Bier trank als die anderen Arbeiter auch, will das Gutachten wie folgt entkräften:

„In der nachträglich zusammengetragenen Vorgeschichte wird bezüglich des Alkoholismus des Jeller berichtet, daß er kein Bier so trank, wie andere Arbeiter auch“ und nicht als Trinker anzusprechen war. Derartige Angaben sind erfahrungsgemäß kaum zu verwerten, viel eher ist anzunehmen, daß Arbeiter im Steinbruch wegen ihrer staubigen Beschäftigung häufig zu trinken gewöhnt sind. So glauben wir doch, eine ganze Reihe von Momenten angeführt zu haben, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit das Vorhandensein eines Alkoholdeliriums in Erwägung ziehen lassen.“

Nein, meine Herren von der Charité in Berlin, so kann, so darf man einfach nicht folgern. Genau so unzutreffend wäre, wenn wir etwa behaupten wollten, weil Studenten viel saufen, sind die Medizin Studierenden als spätere Ärzte auch alle Säufer. Deshalb ist es empörend und alle Steinarbeiter beleidigend, wie in dem Gutachten der wissenschaftlich-logische Salto gemacht wird von ein paar Glas Bier zum Alkoholdelirium. Die Steinarbeiter sind infolge der sie beständig umgebenden Arbeitsgefahren, tatsächlich ein-tretenden Körperverletzungen und dem dann einsetzenden Renten-kreiterverfahren gewiß schon allerhand im Wortlaut ärztlicher Gutachten gewohnt worden; aber den Vogel abgeschossen hat sicherlich das vorstehend kritisierte. Es trägt auf keinen Fall zur Stärkung des Vertrauens zur medizinischen Wissenschaft bei. Noch schlimmer wäre es, wenn sich ein Oberversicherungsamt finden würde, das auf solche fragliche Gutachten hin die berechtigten Ansprüche Verletzter oder Hinterbliebener ablehnt. Die Unfallversicherung spart günstigenfalls gewiß einige hundert Mark, aber ein Ruhmesblatt läßt sich mit solchen Ersparnissen nicht schmücken.

Aus den Zahlstellen

Danzig. Deffentliche Versammlung am 1. Dezember. Leider waren nur 34 Besucher erschienen. Der Vorsitzende Kollege Ehm bedauerte diese Interesselosigkeit, es sei wirklich für diese öffentliche Kundgebung viel agitiert worden, auch Flugblätter genügend verteilt. Den Kollegen sei doch in erster Linie bekannt, wie sehr die Steinarbeiter unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu leiden haben. Der Kollege Bartisch schildert darauf in kraffer Form die Gefahren über die Pflichtarbeit und freiwilligen Arbeitsdienst. Einheitsfront sei hier angebracht. Der Kollege empfahl die „rote“, besser und richtige wäre gewesen, die gewerkschaftliche Einheitsfront“ zu empfehlen. Nachstehende Entschliessung wurde angenommen:

„Die heute versammelten Steinarbeiter stellen fest, daß durch den Senat mit Hilfe der Pflicht- und Notstandsarbeit wie des freiwilligen Arbeitsdienstes Arbeiten verrichtet werden, die unmittelbar zur Berufsgruppe der Steinarbeiter gehören. Die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes sowie die zu dieser Berufsgruppe gehörenden Arbeiter wenden sich entschieden dagegen, daß ihnen in dieser Form die Arbeitsmöglichkeit genommen wird. Solche Arbeiten werden bereits in Liganenberg, Bärenweg an der Verlängerung der Marzstraße, Klein-Waldsdorf gefordert und ausgeführt. Die Verrichtung dieser Arbeiten durch Pflichtarbeiter resp. durch den freiwilligen Arbeitsdienst untergräbt die wirtschaftliche Existenz aller Steinarbeiter.“

Die Versammelten wenden sich daher an den Senat mit dem Antrag, sofort Schritte zu unternehmen, um die Ausführung von Wegebauten, für die nicht der für Steinarbeiter geltende Tariflohn gezahlt wird, zu unterbinden.

Ferner beantragen wir, Bereitstellung von Mitteln durch den Senat zur Ausführung von Wege-, Chaussee- und Straßendbauten bei Zahlung des Tariflohnes. Die Versammelten fordern außerdem geregelte Vermittlung zur Arbeit in Danzig und in den Vororten und Hinzuziehung eines Vertreters der Steinarbeiter in den Sachausschuß.“

Aus dem uns übermittelten fargen Protokoll entnehmen wir noch des weiteren, daß eine weitere Entschliessung, die in derselben Sache an den ADGB appelliert zur Abwendung der gefennzeichneten Gefahren, ebenfalls einstimmig angenommen wurde. Nach der Wahl einiger Kollegen in den Sachausschuß wurde noch gegen wenige Stimmen beschloffen, in welchen Zeitungen die Entschliessungen veröffentlicht werden sollen. So unter anderem auch in der unter Ausschluß der Deffentlichkeit erscheinenden RGD-Zeitung „Pionier“. Wertwürdige Gedankengänge müssen die an und für sich wichtige berufliche Kundgebung beherrscht haben. Man wünscht Hilfe von der Spitzenorganisation der Gewerkschaften und stützt im gleichen Atemzuge die Zerstörer der Gewerkschaften, die Zerstörer der wirklichen Einheitsfront. Das wird sich zweifellos am örtlichen Verbandsleben der Filiale rächen. Vielleicht ist gar der schlechte Versammlungsbesuch bereits auf solche gewollte oder nicht gewollte Unklarheiten zurückzuführen.

Ist die Welt so, wie wir sie sehen?

Jeder Mensch meint, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist. Und doch ist die Welt oft anders, als der Mensch sie sieht. Man kann die Welt nicht ohne die Erkenntnis der Welt betrachten. Das Kind z. B., das die Welt anschaut, glaubt auch, seine Umwelt so zu sehen, wie sie wirklich ist, und doch sieht das kleine Kind falsch.

Wenn die Straßenbahn hält, dann wissen wir, daß sie hält, um Fahrgäste aufzunehmen oder abzusetzen. Aber das kleine Kind? Frage einmal den dreijährigen Jungen oder das kleine Mädchen, warum die Bahn hält! Sie erklären bestimmt: „Weil die Bahn müde ist!“

Sein Wesen, sein Fühlen überträgt das Kind auf die Welt. Und selbst wenn wir dem kleinen Kinde eine Erklärung geben, dann begreift uns das Kind noch nicht. Es bleibt bei seinem Verstehen des Lebens.

Manche Mutter lächelt über die treuerzige Unschuld ihres Kindes, die sich da zeigt, und es regt sich in ihr das Gefühl des Glücks. Denn diese Worte des Kindes sind ja eine Erscheinung des Reinen, Lauteren, Fröhlichhaften in der Seele des Kindes. Jede Mutter weiß, daß das Kind eines Tages doch verstehen wird. Wenn es erst größer geworden.

Aber wenn es dann älter ist, dann soll das Kind auch verstehen. Dann entspricht das Begreifen der Welt dem Entwicklungsstadium, in dem der Mensch ist. Und jede Mutter erwartet, daß das Kind die Welt dann aus anderer Erkenntnis heraus sieht.

Aber gibt es nicht so manche Mutter, die selbst noch die Welt anders sieht als sie ist? Die selbst noch, so wie ihr Kind, ihr Gefühl in die Welt legt und aus ihrem eigenen Wesen das Geschehen deutet?

Ja, wir sehen es alle Tage. Da meinen es die Frauen so gut. Aus ihrer Frauenseele heraus glauben sie an die Menschlichkeit, und sie meinen dann, nun müsse die Wirklichkeit auch so sein.

Deshalb sehen sie das soziale Leben auch nicht in der ganzen Rohheit, aus der es letzten Endes getrieben wird. Sie glauben an edlere Gedanken, die das Zusammenleben leiten, nur weil sie selbst gut sind. Sie können es aus der Güte ihres eigenen Wesens nicht verstehen, daß die Wirtschaftsordnung, in der sie leben, nicht vom Geiste der Gerechtigkeit und Menschlichkeit geleitet wird.

Die Welt ist nicht so, wie viele sie sehen. Auch für so manche Mütter tut die soziale Erkenntnis not. Sie glauben an das Gute auch bei den Wirtschaftsherren, und sie erkennen noch nicht, daß nur berechnende Profitgier das Wirtschaftsleben trägt.

Kritisch zu sehen müssen sie lernen, und all ihren Glauben an das Gute müssen sie einsehen, vereint mit den Männern, für eine neue Ordnung des Lebens, die auf Gemeinsamkeit und Menschlichkeit aufgebaut ist.

Erst dann sieht der Mensch auch im Leben wirklich das Gute. Dann herrscht nur Menschlichkeit als das eine Lebensgesetz.

Dr. G. H.

Leipart und Schleicher

Zur Abwehr von Zertümmern und Unterstellungen.

Die Wiedergabe einer Unterredung zwischen Theodor Leipart und einem Pariser Zeitungsmann, von der auch in einem Teil der Presse Notiz genommen worden ist, gab dem Kollegen Leipart Veranlassung zu dem folgenden Schreiben an die Redaktion des „Celesior“ in Paris:

In Ihrer Ausgabe vom 4. Dezember d. J. bringen Sie unter der Ueberschrift „Les pourparlers entre von Schleicher et les syndicats Ouvriers“ einen Bericht Ihres Korrespondenten aus Berlin, der eine Unterredung mit mir wiedergibt. Dieser Bericht enthält mehrere Unrichtigkeiten, die mich zwingen, Sie um folgende Richtigstellung zu erziehen:

1. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir die Frage gestellt hätte, ob der von mir geführte Gewerkschaftsbund dem General von Schleicher die für die Befestigung seiner Macht benötigte Waffenruhe gewähren würde. Jedenfalls hat Ihr Korrespondent selber gewußt, daß über eine solche Waffenruhe nicht die Gewerkschaften, sondern die politischen Parteien im Reichstag zu entscheiden hätten.

2. Es ist unrichtig, daß ich erklärt hätte, die Regierung müsse „für einige Zeit“ die Verfassungs- und Wahlreformpläne beiseite lassen. Ich habe vielmehr Ihren Korrespondenten auf die Mitteilungen der Presse verwiesen, daß Herr von Schleicher selber diese Reformpläne nicht für zeitgemäß halte.

3. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir vorgehalten hätte, die Gewerkschaften würden gegen einfache Verprechungen sich der militärischen Kontrolle unterwerfen.

4. Es ist deshalb auch unrichtig, daß ich auf die Worte „militärische Kontrolle“ ein protestierendes Aufspringen nicht habe unterdrücken können. Hätte Ihr Korrespondent eine solche oder ähnliche Bemerkung zu mir geäußert, so würde ich die darin liegende beleidigende Unterstellung mit derben Worten zurückgewiesen haben.

5. Es ist unrichtig, daß ich eine lebhafteste Bewunderung für Herrn von Schleicher geäußert hätte. Mein angeblicher Eifer, den Ihr Korrespondent bemerkt haben will, zeigte sich höchstens, als Ihr Korrespondent wiederholt die Ansicht vertrat, die Berufung des Generals zum Reichszentraler werde in Frankreich große Beunruhigung hervorrufen. Ich habe geantwortet, daß angesichts der Friedensliebe des deutschen Volkes hierfür kein Grund vorliege und daß auch von Schleicher nicht der Mann sei, wie Ihr Korrespondent sich ihn anscheinend vorstellte.

* Die Unterhandlungen zwischen von Schleicher und den Arbeitergewerkschaften.

Rundschau

Ein Fortschritt in der Abrüstungsfrage. Die sogenannte Fünftätigenkonferenz in Genf hat zu einer Vereinbarung geführt, die die Gleichberechtigung und Sicherheitsfrage betrifft und es Deutschland gestattet, sofort in die Abrüstungskonferenz zurückzuführen. Die Regierungen der fünf Großstaaten erklären, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitigkeiten untereinander mit Gewalt zu lösen. Sie sind entschlossen, ein Abkommen zur Herabsetzung und Begrenzung der Rüstung auszuarbeiten. Was dieser „Fortschritt“ für die deutsche männliche Jugend im Gefolge hat, wird sich in absehbarer Zeit deutlich zeigen.

Frauen ohne Mann. Die deutschen Großstädte haben einen erheblichen Frauenüberschuß. Die frauenreichste Stadt der Welt ist Berlin. Hier entfallen auf 1000 Männer 1177 Frauen. Der Frauenüberschuß beträgt 326 000 insgesamt. Im Gegensatz dazu herrscht in allen Großstädten Amerikas starker Frauenmangel. Am stärksten ist der Berliner Frauenüberschuß in dem Lebensalter von 15 bis 45 Jahren. 93 511 Berliner Mädels im Alter von 14 bis 30 Jahren warten bis jetzt vergeblich auf einen Mann. Die jüngste Berliner Generation von 1 bis 14 Jahren weist im Gegensatz dazu einen kleinen Knabenüberschuß auf. Das ist nur ein schlechter Trost für die weibliche Jugend über 15 Jahre. Den Frauen und Mädels der Reichshauptstadt geht es also sehr schlecht. Sie bleiben unbemannt, wenn nicht von auswärts Zugang kommt, andernfalls müßten sie sich einen Mann teilen. Das ist die Folge des Krieges und der eigenartigen Bevölkerungsstruktur. Im höheren Maße als sonst sind die Frauen also gezwungen, sich wirtschaftlich selbst zu helfen und sich durch Berufsarbeit über Wasser zu halten. Das sich in gesellschaftlicher und sexueller Beziehung durch das Uebergewicht an Frauen ungesunde Verhältnisse ergeben, wollen wir nur andeuten. Als Hitler einmal gefragt wurde, wie er sich zur Frauenfrage stelle, soll er geantwortet haben: Im Dritten Reich bekommt jede Frau vor allem einen Mann. Wo dieser Vielversprecher die Männer hernehmen will, vergaß er zu erwähnen.

Nur langsame Besserung der Weltkonjunktur. Wir haben Grund zu der Annahme, daß wir bezüglich der Besserung der Weltkonjunktur wieder zu große Optimisten gewesen sind. Die erhoffte rasche Besserung der Lage ist nicht eingetreten. Das deutsche Institut für Konjunkturforschung gibt zusammengefaßt über die Weltkonjunktur Anfang Dezember folgendes Urteil ab:

„Der allgemeinen Haupte, die um die Jahresmitte an den internationalen Waren- und Effektenmärkten einsetzte, sind Rückschläge gefolgt. Einen grundsätzlichen Tendenzwandel bedeuten sie aber nicht. Auf der Güterseite hat im Anschluß an die Preis- und Kurssteigerungen der Sommermonate eine bis in die letzten Wochen anhaltende Belebung von Produktion und Umsatz eingeleitet. In der Hauptsache handelt es sich dabei um die Wiederanpassung der Produktion an den laufenden Bedarf, zum Teil auch um Lagerauffüllungen. Die konjunktursymptomatische Bedeutung dieser Entwicklung liegt darin, daß sie die Beendigung des auf Lagerabbau und Einschränkung von Ersatzinvestitionen drängenden Deflationsdruckes erkennen läßt. Den Beginn einer neuen konjunkturellen Aufwärtsbewegung bildet sie aber nicht: Eine Erhöhung der Investitionstätigkeit, die gewöhnlich den Anstoß zum Aufschwung gibt, ist in Anbetracht der zumeist noch prohibitiven Höhe der Kapitalkosten aus der Dynamik der Märkte heraus vorerst nicht zu erwarten. Ebenso macht die gegenwärtige Einkommensentwicklung eine von Konsum ausgehende Belebung der Weltwirtschaft unwahrscheinlich, zumal die Aufnahmefähigkeit der Weltagrarmirtschaft nach wie vor außerordentlich gering ist. Jedoch dürfte das Ende der Wirtschaftskrisenimpfung in den meisten und wichtigsten Ländern erreicht sein.“

Bei dem Produktionsaufstiege hatten die Verbrauchsgüterindustrien in jedem Lande die Führung. Nachdem aber die Lager wieder aufgefüllt waren, stockte der Absatz, weil die entsprechende Ausdehnung des Konsums fehlte. Wäre es möglich, jetzt eine erhöhte Kaufkraft der Bevölkerung einzufachalten, würde sich die Belebung der Verbrauchsgüterindustrien fortsetzen und schließlich die gesamte Wirtschaft mitreißen. Das Unglück der Weltwirtschaft liegt also bei der mangelnden Kaufkraft. Produktionsmangel, Arbeitslosigkeit, Hunger und Not, weil zu viel da ist. Des Wahnsinns höchster Gipfel!

Die Frau verteidigt ihre Rechte. Es ist kein Zweifel darüber, daß die Frauenrechte gegenwärtig eine Krise zu überstehen haben. Der Bund deutscher Frauenvereine hatte Ende November seine Anhänger zu einer großen Kundgebung für Aufrechterhaltung der speziellen Frauenrechte zusammenberufen. Die eingeladenen Reichs- und Staatsbehörden hatten sich beziehungsweise wegen geschäftlicher Ueberlastung entschuldigt. Die Referentinnen setzten auf dieser Kundgebung auseinander, daß die Frauenwelt bereit sei, die Angriffe auf ihr Recht abzuwehren. Die Nationalversammlung in Weimar habe einstimmig den Frauen staatsbürgerliche Rechte zuerkannt, weil sie nach dem großen Mitteropfer des Krieges und der Leistung im Heimatdienst ein Anrecht darauf hatten. Der Frau mache man den Vorwurf, sie habe in der Politik verfaßt.

Haben aber die Männer nicht ebenfalls verfaßt? Ein Jahrzehnt sei viel zu kurz, um Frauenkönnen, Frauenwirken nach jahrhundertelanger Zurückdrängung zu erproben. — Es ist sicher sehr lobenswert, daß sich die bürgerliche Frauenbewegung für die Rechte der Frau einsetzt. Sie hat auch allen Grund dazu; laufen doch Millionen bürgerlicher Frauen einer Partei nach, die ausgesprochen frauenfeindlich ist und die deutschen Frauen wieder auf jenen Zustand der Rechtlosigkeit von vor 100 Jahren zurückdrängen möchte. Buchstäblich haben die weiblichen Naziwähler ihre Todfeinde gewählt. Was die Sozialdemokratie den Frauen als ein Göttergeschenk in den Schoß warf, müssen sie nun zu verteidigen suchen.

55 000 Siedlerstellen seit Kriegsende. In den Jahren von 1919 bis 1931 wurden im Reich 48 218 Siedlerstellen geschaffen. Dazu kommen noch die Ergebnisse des Jahres 1932, die rund 7000 betragen. Insgesamt sind nach der vorliegenden Uebersicht von 1931 8647 Quadratkilometer als Siedlungsland für Siedlerstellen und Anliegerstellen zur Verfügung gestellt worden. Das ist ein Gebiet, größer als der Freistaat Hessen und die preußische Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen. Diese Siedlerstätigkeit ist immerhin erfreulich.

Wandernde Arbeitslose. Nach dem Kriege war in Zeiten guter Beschäftigung die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zur Vorkriegszeit gering. Die furchtbare Krise hat einen starken Zuwachs der wandernden Arbeitslosen gebracht. Durch die Ausstellung von Wanderzertifikaten durch die Arbeitsämter wurde diesen Bestrebungen Rechnung getragen. Da infolge der allgemein gleichartig ungünstigen Arbeitsmarktlage in allen Teilen des Reichs die Hoffnung, durch Wandern einen Arbeitsplatz zu finden, geringer geworden ist, wurde die Ausgabe der Wanderzertifikate eingeschränkt. Während vom 1. Oktober 1929 bis 30. September 1930 noch etwa 16 000 Wanderzertifikate ausgestellt wurden, ging die Zahl in dem gleichen Zeitraum 1930/31 auf 7500 und 1931/32 auf 2800 zurück. Der Wanderzertifikat überwiegend Arbeitslosen der handwerklichen Berufe der Metallverarbeitung, des Holz- und Baugewerbes und des Nahrungsmittelgewerbes gewährt. Am meisten werden als Wanderziel aufgesucht Bayern, Rheinland, Württemberg und Baden.



Beachte die Sprengvorschriften!



Achtung, Steinbrucharbeiter!

Der Chloratit-Sprengstoff hat sich in der Praxis der Steinbrucharbeit als äußerst gefährlich erwiesen. Wegen seiner Billigkeit, gleich Wirtschaftlichkeit, wird Chloratit nicht von allen Steinbruchunternehmern abgelehnt. Die Unfallberufsgenossenschaften haben leider noch keine gesetzliche Handhabe, ein striktes Verbot gegen Chloratit bei Sprengarbeit zu erlassen, obgleich ein solches Verbot im Interesse der unglückseligsten Steinbrucharbeiter, ihrer Sprengmeister und auch der Unfallberufsgenossenschaft läge.

Sprengmeister und Steinbrucharbeiter können deshalb, um sich vor schweren Schäden zu schützen, bei dieser Sachlage weiter nichts tun, als die Unfallverhütungsvorschriften für Sprengarbeit (Schießinstruktion) der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft strengstens zu befolgen. Bekanntlich führt jede Antreiberei bei der Sprengarbeit schließlich zur lagen Handhabung der Vorschriften, das darf nicht sein.

Darum nochmals größte Vorsicht, denn der Chloratit-Sprengstoff hat bereits viel persönlichen Schaden angerichtet!

Ueber Chloratit-Sprengstoff 3 schreibt uns ein Sprengmeister: „Wir hatten schon öfter Ausstoßer, Verzögerer und Ausbrenner mit großen Stichflammen; diese wurden im großen ganzen — wir haben täglich 15 bis 25 Sprengschüsse — nicht weiter beachtet, weil durch die elektrische Zündung so reichlich Gesteins-Rohmaterial anfiel ohne aufzusitzen. Kürzlich wurde wieder eine Serie von Sprengungen mit Bohrlochern von 3 und vier Meter Tiefe vorbereitet, die diesmal nicht elektrisch, sondern mittels Zündschnur abgetan wurden. Ich gab Signal zum In-Deckung-Gehen und zündete vorchriftsmäßig an. Der erste Schuß kam etwa 1 1/2 Minuten zu früh, was auf den Umstand zurückzuführen ist, daß ich bei der Ladung nach der Schlag- und Zündpatrone noch zirka 8 Patronen einführte. Da diese Patronen schon vor der Zündkapsel durch Zündschnur zur Explosion kamen, entstand eine Frühzündung; die Hauptzündung kam dann 1 1/2 Minuten später. Der zweite, dritte und vierte Schuß kam schnell folgend, aber mit fast haushoher Stichflamme. In der Annahme, daß alle vier Schüsse losgegangen seien, gab ich Signal zum Weiterarbeiten, infolgedessen kam die ganze Belegschaft wieder vor zur Arbeit, währenddem erfolgte aber nochmals eine Explosion. Dabei handelte es sich nur um Sekunden, und mindestens 14 Arbeiter wären durch die zweite Detonation des ersten Schusses tödlich verunglückt. Daraus folgt: Wo der Sprengstoff Chloratit 3 verwendet wird, ist nicht nur der Sprengmeister, sondern die ganze Belegschaft in Gefahr.“

Die vorstehende Mitteilung wurde von sämtlichen Steinbrucharbeitern bekräftigt; sie erwarten, daß die dauernde Lebensgefahr durch ungeeigneten Sprengstoff beseitigt wird. Die Steinbrucharbeit ist an und für sich eine gefährliche, schwere Arbeit, sogenannte Knochenarbeit. Das Verlangen, diese gefährliche Arbeit nicht noch mehr zuzuspitzen durch Verwendung von Chloratit 3, ist allgütigst berechtigt.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Bersammlungen:
Sonntag, 8. Januar 1933.
In Rauen um 10 Uhr bei Malinewski. Alles zur Stelle!
Montag, 9. Januar 1933.
In Spandau um 19 Uhr bei Höpfer, Pichelsdorfer Straße.
Wichtige Zusammenkunft. Keiner fehle!

Bezirk Dresden-Pirna. In Nummer 41 des „Steinbrucharbeiter“ wurden die Namen einiger Kollegen aus dem Bezirk veröffentlicht, weil sie den Anordnungen der Bezirksverwaltung nicht Folge geleistet hatten. — In der letzten Bersammlung in Pirna wurde nun klargestellt, daß dies für die Kollegen Feliz Jung, Erich Grünelt, Hans Grünelt, Otto Grünelt und Willi Mat nicht zutrifft. Diese Kollegen haben weitergearbeitet und weil der in Frage kommende Beschluß ihnen nicht recht verständlich war.

Das Jahr 1932 schließt mit 53 Wochen ab. Im Mitgliedsbuch oder auf der Interimskarte sind demnach für das Jahr 1932 53 Marken fällig. Kein Verbandsmitglied, kein Kassierer übersehe das. Ab 1. Januar 1933 findet, wie bei jedem Jahreswechsel im Verbands üblich, wieder ein Markenwechsel in der Farbe statt. Deshalb möchten die Rückstände noch mit den diesjährigen Marken ausgeglichen werden. Im übrigen wird auf das Rundschreiben verwiesen, das für die Kassierer bestimmt, dem Abrechnungsformular für das 4. Quartal beigelegt wurde.

Adressenänderungen

10. Gau: Einbeck. Vorl.: Wilh. Kühn, Am Weidenfeld 24.
11. Gau: Delmenhorst. Vorl.: Fr. Jandt, Lüneburger Str. 8.

Neue Bücher und Zeitschriften

Ein deutscher Bergarbeiter-Roman. Daß die Arbeiter in Schließen mit zu den ausgebeuteten aller Proletarier gehören, ist durch Ereignisse und Zeitungs-meldungen seit Jahrzehnten bekannt. Die Literatur hat sich dieses Gegenstandes bemächtigt. Von den schließlichen Ueberlebenden bis zu den neuesten epischen und dramatischen Werken proletarischer Dichter geht durch die deutsche Literatur ein ununterbrochener Fluß von Romanen herab, die die Kämpfe der Arbeiterbewegung in Schließen festhält, und zwar das wichtigste, das Kapitel der ersten Erhebung und des Erwachens der proletarischen Solidarität und des Klassenbewußtseins. „Der Streik“ ist ein Bergarbeiter-Roman. Die Vorgänger der Kumpels von heute waren ehemals „königliche Bergmänner“ mit Privilegien und vielen Freiheiten. Sie nahmen infolge ihres schweren und gefährlichen Berufs auch dann noch eine Sonderstellung unter den Arbeitern ein, als der Kapitalismus bereits die allgemeine Proletarisierung der Massen begonnen hatte. Der Staat ließerte die Gruben den Unternehmern aus, und diese gingen nicht etwa zersch daran, technische Neuerungen in den Gruben, in denen die Bergleute noch auf Leitern herabsteigen mußten, einzuführen, sondern sie beseitigten die alten Rechte der Bergleute, verschlechterten die Lohnverhältnisse und kommandierten sie Sonntags in die Kirche. Rudolf Daumann erzählt nun, wie diese Bergleute, gemüht von ihrem Genuß und von den alljährlichen Grubenunfällen, ihr heil in Schließen, gegen die Reichen wehren, lügen, und wie sie dem Schnaps verfallen. Kaufliche Subjekte verhindern lange Zeit die ersten Kämpfe des Widerstands, bis es dann den ersten sozialistischen Agitatoren gelingt, die schließlichen Proletarier aus den stich-Dunderstößen herauszuführen in die ersten Anfänge einer proletarischen Klassenbewegung. Wie dieser erste Aufstand aufflammt und wieder verflucht wird, das zu lesen ist außerordentlich aufschlußreich und enthält für viele, die nur die letzten Ereignisse der Arbeiterbewegung kennen, Warnungen und Hinweise. Die Fehler, die von den schwarzen Rebellen der schließlichen Grubenreviere damals gemacht wurden, bezeugt der Verfasser dieses Buches nicht. Er zeigt uns keine Menschen der Wirklichkeit getren und läßt sie sprechen, nicht nur in der oft so reizvollen schließlichen Mundart, sondern auch in ihrer ganzen Primitivität und inneren Ehrlichkeit. Gerade dadurch bekommt das Buch dokumentarischen Charakter. Trotzdem es nicht verschweigt, wie das bittere Ende des Streiks, die am Ende nach Amerika auswandern, und andere, von vorn zu beginnen, erweist es in dem besten ein hartes proletarisches Empfinden. Wer das Buch gelesen hat, kann ein Stück proletarischer Geschichte, und er kennt es besser, als wenn er eine agitatorische Broschüre oder eine geschichtliche Darstellung darüber gelesen hätte. Denn es sind die menschlichen Schicksale, die ihm Personen und Verhältnisse vor demals näherbringen und in ihm brüderliche Gefühle wachrufen.

Upton Sinclair: „Briefe an einen Arbeiter.“ Mit 20 Zeichnungen von Erik Kethi. 189 Seiten, in Leinen gebunden. Organisationsausgabe der Bergarbeiter-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SW 19, Inselstraße 6a, 2,50 Mark hat 3,80 Mark.

Der neue Sinclair — eine Anleihe wies im „Steinbrucharbeiter“ bereits darauf hin, daß die besten Bücher des bekannten amerikanischen Arbeiter-schriftstellers. In Form von Briefen an einen alten Arbeiter schildert Sinclair in einfacher, ungemünzter Weise jede Art der Ausbeutung des modernen Kapitalismus. Das Buch gibt eine Fülle von interessanten Tatsachen und Einzelheiten aus dem Leben mit sprühendem Witz, beikommen Sport in humorvoller Darstellung. Glühende Menschenliebe machen das Werk zu einer anziehenden und spannenden Lektüre für den Arbeiter. Es gibt wohl wenig Bücher, die in dieser Zeit der Weltkrise des Kapitalismus für den Arbeiter geeigneter wären als diese „Briefe“.

Die von der Verlagsgesellschaft des ADGB veranstaltete, glänzend ausgestattete billige Organisationsausgabe wird sicher dazu beitragen, dem Buch die Verbreitung zu verschaffen, die es verdient.

Ein Weihnachtsbuch von besonderen Qualitäten bringt die Büchergilde Gutenberg jetzt für ihre Mitglieder heraus: den Roman „Die Scholle“ von Vicente Blasco Ibañez, reich illustriert von José Benlloch. Das schon ausgefallene und in Leinen gebundene Werk wird zum Vorzugspreis von 1,60 Mark abgegeben. Jedes Mitglied kann mehrere Exemplare zum Vorzugspreis beziehen, eine Vergünstigung, die schon deshalb sehr begrüßt werden wird, weil sich das Buch infolge seines Inhalts und seiner Ausstattung gut zu Geschenkwedem eignet.

Der Roman „Die Scholle“ gehört zu den Werken Ibañez, die den Weltkriem des spanischen Schriftstellers begründet haben. Ibañez hat hier den jahrbundert alten Kampf um die Scholle zum Gegenstand genommen. Wir lernen das Dasein der spanischen Bauern und Landproletarier kennen und begreifen ihren Haß gegen ihre Ausbeuter, diesen Haß, der eine der Ursachen der sozialen Umwälzung im heutigen Spanien ist. Ibañez schrieb das Buch, als er infolge seiner Tätigkeit als Agitator und Journalist von der Polizei verfolgt wurde, er schrieb es in seinen besten und fruchtbarsten Jahren. „Die Scholle“ hat bisher eine europäische Auflage von über zwei Millionen erreicht. Die deutsche Auflage wird diesen Triumphzug fortsetzen.

„Der weiße Magnet.“ Nach der Entdeckung Amerikas haben die seefahrenden Völker einen kurzen Weg nach China gesucht, um schneller an die Güter dieses geheimnisvollen Landes zu kommen, das nach alten Ueberlieferungen der Inzbergriff des Reichums sein sollte. Schiff auf Schiff, Flottille auf Flottille gingen in See, in der Richtung nach Norden, um die freie Durchfahrt nach dem Osten zu suchen. Die Geschäfte dieser Expeditionen, angefangen bei den ersten leichtsinnigen und hilflosen Versuchen, bis zu den wissenschaftlich geleiteten und trotzdem noch mit Todesopfern verbundenen Expeditionen, erzählt Ernti Zuchner in seinem Buch „Der weiße Magnet“, das jetzt bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, in vorzüglicher Ausstattung und zum Mitgliedspreis von 2,70 Mark erschienen ist. Wir erfahren in diesem Buch von den Aufregungen der zivilisierten Nationen, von dem Scheitern der meisten Expeditionen, von den heroischen Bemühungen so mancher Seeleute und Forscher. Bis dann schließlich ein Mann von der Bedeutung eines Nanzen neue Wege findet und der wissenschaftlichen Erforschung des Nordpolgebietes Tür und Tor öffnet. Das an spannenden Momenten reiche Buch, das hellenweise die Forscher und Expeditionenleiter selbst sprechen läßt, schließt mit der Nobilitätstragödie und mit einem Ausblick auf die wieder in Vorbereitung begriffenen Expeditionen, unter Wasser und in der Luft zum Nordpol vorzuführen und diesem Gebiet die letzten Geheimnisse zu entreißen. Es ist zu begrüßen, daß die Büchergilde Gutenberg ein Buch herausgebracht hat, das in gedrängter Kürze und doch umfassend die Geschichte der gesamten Nordpolforschung enthält.

Anzeigen

Gemeinnützige Straßen- und Tiefbau-Genossenschaft.
Anklam. Am 7. Januar 1933, um 10 Uhr, Generalversammlung.
Tagesordnung hängt in unserem Geschäftszimmer, Greifswalder Straße 37, aus. I. A.: Paul Sohn.

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
Ettringen. Am 3. Dezember der Steinmetz Stefan Schmitz, 49 Jahre alt, Gehirnschlag.
Pilgramsroth. Am 11. Dezember der Schotterarbeiter Artur Stein, 49 Jahre alt, Blutvergiftung.
EHRE IHREM ANDENKEN
Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.